

Dresdner Volkszeitung

Vollständigste: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1298.

Organ für das werktätige Volk

Kontakto:
Gehr. Arnold, Dresden
und Gsch. Staatsbank.

Bestandteil einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beleglohn nach der Arbeit und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig, Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.
Besuchsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.
Besuchsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.
Besuchsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Heiratsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 53

Dresden, Mittwoch den 4. März 1925

36. Jahrg.

Um den Nachfolger

Fritz Eberts letzte Fahrt

Von Hermann Müller, Franken

Seute tritt Friedrich Ebert von Berlin aus seine Fahrt nach Heidelberg an, der Stadt seiner Geburt. In seiner Heimat hoffte er einmal Tage der Ruhe zu erleben. Ein hartes Schicksal gönnte ihm aber keine Ruhe. Er starb in den Stielen. In sich ein schöner Tod für einen modernen Mann, der im Leben die Pflicht gegen andre, den Dienst am Volke über alles gestellt hat. Aber der Tod kam für diesen unermüdeten Arbeiter viel zu früh. Was hätte der 54-jährige seinem Lande noch leisten können, wenn eine tüchtige Krankheit nicht all seine Kraft in wenigen Tagen verzehret hätte? Wir haben wahrlich keinen Ueberflus an staatsmännlichen Begabungen. Und wo solche vorhanden sind, können sie sich nicht so leicht entfalten wie z. B. in dem glücklicheren England mit seiner jahrhundertelangen parlamentarischen Tradition.

Friedrich Ebert war bei aller sachlichen Tätigkeit sein Leben lang ein Muster von Zurückhaltung und Bescheidenheit. Trotzdem ging sein Werden in gerader Linie von unten auf bis zur höchsten Stelle im Reich! Dabei hat sich Friedrich Ebert nie in seinem Leben zu einem Amt gedrängt. Auf dem Jenseits-Parteitag von 1906 hat er kein Wort geredet. Auch ohne "Kandidatenrede" wurde er in den Parteivorstand gewählt. Er war mehr als 40 Jahre alt, als er seinen Einzug in den Deutschen Reichstag hielt. Als Prinz Max von Baden im Oktober 1918 ihn dringend bat, in sein Kabinett einzutreten, lehnte er persönlich ab, trotzdem er damals der warmste Befürworter der Beteiligung unserer Partei an der Regierung war, weil er noch eine leise Hoffnung hatte, daß eine auf die Parlamentsmehrheit gestützte Regierung einen wirklichen Wilsonfrieden, der auch den Deutschen das Recht der Selbstbestimmung gewährte, erhalten könnte, anstatt des Gewaltvertrags von Versailles. Als dann der militärische Zusammenbruch kam und der letzte Kaiser Wilhelm II. ihm die Führung der Geschäfte des Reiches übergab, da gab es nur eine Stimme, und die sagte, daß Friedrich Ebert das Zeug dazu habe, den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft vor der völligen Zerrüttung zu bewahren.

Seitdem Friedrich Ebert an der Spitze des Reiches stand, war er ganz Diener des Staates. Die Partei hatte ihren besten Mann dem Staate gegeben. Deshalb, Freunde, dürft ihr heute nicht traurig sein, wenn der uns allen so teure tote nicht nach den Gebräuchen der Partei seine letzte Fahrt antritt, wie weiland August Bebel in Zürich. Wenn Friedrich Eberts Aufstieg hätte erleben können, er, dem Weltkrieg und Zerrissenheit der Arbeiterbewegung zu schauen erspart blieb, wäre er sicher stolz darauf gewesen, daß Friedrich Ebert sein Nachfolger wurde. Wer von den Ältern der sozialistischen Internationale noch erlebt hat wie Friedrich Ebert sechs Jahre lang in schwerster Zeit sein hohes Amt ausfüllte, ohne mit den Idealen seiner politischen Frühzeit in Konflikt zu kommen, hat seinem Wirken die größte Anerkennung gezollt. In wie warmen Worten hat mir das mehr als einmal Bjalmar Branting gesagt, der nun seit Sonntag auch von heißen Kämpfen in fahler Erde ausruht.

Friedrich Ebert gehörte seit 1919 nicht mehr allein der Partei. Ja, nicht mehr allein dem deutschen Volke. Wenn Deutschland in der fieberigen Nachkriegszeit von mehr als einer Krise geschüttelt wurde, dann war Friedrich Ebert der ruhende Pol in der Flucht der Erscheinungen. Auf ihn sah Europa, sah die Welt. Deshalb die Anteilnahme des Auslandes an unserer Trauer weit über die Parteigrenze hinaus. Deshalb auch vielfach Bejornis. Friedrich Ebert war

ischen Landtag wieder als Kandidat für das Ministerium präferieren. Macht er es anders und versucht er, die Schläge um Breiten jetzt ohne Kampf abzubrechen, dann dürfte jenseits Vertrauen, das es innerhalb der republikanischen Parteien heute noch besitzt, mindestens eine starke Erschütterung erfahren. Marx erweist also weder sich noch der Republik einen Dienst, wenn er plötzlich das Feld räumt und es der Rechten überläßt.

Möglich ist auch, daß die Demokraten versuchen werden, einen republikanischen Sammelkandidaten zu stellen. Die sozialdemokratischen Parteinstanzen werden zu all diesen Fragen sprechen müssen, sobald sie die Auffassungen innerhalb der Parteigenossenschaft geklärt haben. Wie die Nach- und Parteiverhältnisse im Reich gegenwärtig liegen, wäre ein Sozialdemokrat auf dem Präsidentenstuhl zwar für das Ausland ein drastischer Beweis für den Verständigungs- und Friedenswillen Deutschlands, aber nach innen trüge er die Mitverantwortung für eine Politik, zu der seine Partei in scharfer Opposition stünde. Vor der nächsten Reichstagswahl dürfte sich an diesem Stande auch nichts ändern. Dies ist der Hauptgrund, warum es der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erträglich erscheint, wenn ein bürgerlicher Republikaner die Nachfolgerschaft Eberts antritt.

Die Gefahren zweier Wahlgänge

D. Berlin, 4. März. (Gg. Funkpruch.) Seit Herr v. Schiele im Reichsministerium des Innern waltet, ist das bürgerliche Wahlrecht, die deutsche Zeitung, verhältnismäßig gut über all das informiert, was die Regierung plant. Am Dienstag wählte sie z. B. bereits heute mehr als 1000 Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl, und Landesregierungen durch Rundtelegramm verständigt und gebeten hat, alle Vorbereitungen für die Neuwahl sofort in Angriff zu nehmen. Die Gemeinden sollen dahin angewiesen werden, daß bis zum 15. spätestens 18. März die Wahlkreise ausgeteilt sind.

Inzwischen ist bereits der erste offizielle Reichspräsidentenkandidat aufgetaucht. Es handelt sich um den kommunistischen Thälmann, der auf Beschluß der kommunistischen Zentrale, oder sogar mit besserer auf Empfehlung von Moskau, die Nachfolgerschaft Eberts antreten soll. Die Reichsparteien lassen nicht ohne ihren Kandidaten, den sie zweifellos selbst heute noch nicht kennen, nicht verlaßbar. Dagegen ist es innerhalb der republikanischen Parteien bereits sehr reger. In unüberwindlichen Forderungen befehlt man sich schon mit den Dingen, die da kommen der Neuwahl und mündet sich hauptsächlich gegen die vereinzelt bestehende Pflicht, unter allen Umständen zweimal wählen zu lassen, heißt die Entscheidung also erst in einem zweiten Wahlgange herbeizuführen. Das Blatt schreibt:

„Schon rein politische, hauptsächlich außenpolitische, Gesichtspunkte, sollten die deutschen Parteien veranlassen, alles zu tun, daß bereits aus dem ersten Wahlgang der neue deutsche Reichspräsident hervorgeht. ... Schließlich muß auch jede Partei bereits zum ersten Wahlgang Geopferungen vollziehen, die dann leicht durch ihre überlegenen tatsächlichen Gesichtspunkte den Sieg an ihre Fahnen heften. ... Was am 29. März geschehen soll, das ist eine Forderung des deutschen Volkswillens in einer ganz besonderen Form. Unter Volk soll sich sein Oberhaupt wählen. Das liegt dem Wunsch doch nahe, daß sich an diesem Tage die einzelnen Parteien einmündig in dem Hintergrund halten und dann nur große politische Wertgemeinschaften wirksam werden, die über die Einzelpartei hinaus greifen und zum Bewußtsein bringen können, daß sie in ihrem Ziel das ganze deutsche Volk steht.“

Dieser Artikel der Germania ist sicher nicht auf den jetzigen preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx zurückzuführen. Er zeigt, wie stark auch im Zentrumslager die Forderungen sind, die Schlacht bereits im ersten Wahlgang zu schlagen.

Streik der Eisenbahner

Eine Folge der Provokation durch die Reichsbahngesellschaft

Von der Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahner-Berbandes wird folgendes mitgeteilt: In den letzten Tagen ist von uns in der Tagespresse wiederholt über die zur Zeit schwebende Teuerungsbewegung der Eisenbahner berichtet worden. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft bei den bisher stattgefundenen Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahner in gerader Verantwortunglicher Weise provoziert. Die gesamten Eisenbahner sind über die rücksichtslose Gewalt- und Diebstahl der Reichsbahngesellschaft auf die äußerste erregt und die Belegschaften der Güterabfertigungen, Umladehalle Wahren, Leipzig, Magdeburg, Thüringer Bahnhof, Frankfurt und Gilm, Leipzig, Dresdner Bahnhof, Frankfurt und Gilm, Leipzig, Bayerischer Bahnhof sowie Leipzig-Plagwitz haben am 3. März 1925, mit Gegenwärtig sind bereits über 600 Güterbodenarbeiter in Leipzig in den Ausstand getreten. Die Bewegung wird von der Ortsverwaltung Leipzig des DGB. unter ausdrücklicher Zustimmung der Bezirksleitung der Deutschen Eisenbahner-Ber-

bandes geführt. Wir legen besonderen Wert auf die vorstehende Feststellung und erklären, daß es sich um keinen wilden Streik handelt.

Der Bezirksleitung Sachsen des DGB. ist inzwischen bereits von den maßgebendsten Ortsgruppen des Reiches der Reichsbahndirektion Dresden mitgeteilt worden, daß sie ebenfalls in den Ausstand treten. Der Ausstand bleibt somit also nicht auf Leipzig beschränkt, sondern wird in den nächsten Stunden unter Führung der Bezirksleitung sich weiter ausdehnen. Die westdeutschen Bezirke und die an den Bezirk Sachsen angrenzenden Bezirke werden sich ebenfalls mit an der Bewegung beteiligen.

Die Öffentlichkeit wird um so mehr den berechtigten Kampf der Eisenbahner für die Aufbesserung ihrer Löhne und Gehälter verstehen, als kürzlich selbst durch die bürgerliche Tagespresse eine scharfe Kritik davon geübt wurde, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft diese Goldmillionen an Aufwandsaufwendungen usw. zur Aufbesserung der Gehälter für die oberen Beamten be-

willigt hat.

Der Termin ist angesetzt: am 29. März soll der Nachfolger Eberts gewählt werden. Der Kampf wird gehen um die Parolen: die Schwarz-Rot-Gold, die Schwarz-Weiß-Rot! Sie Republik, die Monarchie! Das Wahrscheinliche also ist, daß sich zwei Fronten bilden, die einander als politische Wahlgemeinschaften gegenüberstellen. Man liest in der Lutherpresse bereits, daß die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei gemeinsam mit einigen andern großen außerparlamentarischen und wirtschaftlichen Organisationen einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen wollen. Für das republikanische Lager wird es also darum gehen, ob es sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen kann.

Die Sozialdemokratie hat Beschlüsse noch nicht gefaßt. Ob wir uns mit den Parteien der Weimarer Koalition auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigen oder für den ersten Wahlgang einen eigenen aufstellen, wird innerhalb der Sozialdemokratie keinen aufwühlenden Streit entfachen, denn es ist eine Frage von rein taktischer Bedeutung. Der Ausgang bleibt bei normalem Verlauf wahrscheinlich der gleiche, wenn wir im ersten Wahlgang für einen Kandidaten der Sozialdemokratie eintreten und erst im zweiten Wahlgang unsere Stimmen auf den Sammelkandidaten vereinigen. Aber der Kampf für einen gemeinsamen republikanischen Kandidaten würde dadurch leiden, denn ein selbständiger Kampf im ersten Wahlgang würde für uns bedeuten, daß wir zunächst das uns von den republikanischen Parteien trennende in den Vordergrund rücken. Und damit würden manche Stimmen für die zweite Entscheidung verprellt. Demgegenüber macht in einer Rundfrage im "Lagebuch" Genosse Dr. Sandberg geltend, daß es leichter sei, in einem Stichwahlkampf die eigenen Anhänger zur Stimmabgabe für den gemeinsamen Kandidaten zu bewegen, nachdem mit dem ersten Wahlgang der grundsätzliche Kampf ausgekämpft ist und sich herausgestellt hat, daß man die Majorität im ersten Wahlgang nicht erreichen konnte. Nichtsdestoweniger kostet ein zweiter Wahlgang viel Opfer, und es birgt allerhand Gefahren in sich, wenn sich die republikanischen Parteien von vornherein auf diesen zweiten Wahlgang einrichten, während ihnen der Reichsblock einen gemeinsamen Kandidaten entgegenstellt, denn sofern ein Kandidat mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erlangt, gilt er als gewählt. Zersplittern sich also die Republikaner in einem Kampfe, während die Schwarzweißprotokolle als eine Einheit auftreten, so besteht die Gefahr, daß der gegenwärtige Kandidat im ersten Wahlgang mit knapper Mehrheit siegen könnte. Sehen wir uns die Stimmenszahl der letzten Reichstagswahl an, so ist diese Gefahr zwar nicht sehr groß, aber immerhin vorhanden. Für die drei republikanischen Parteien stimmten rund 14 Millionen Wähler, während die ausgesprochen monarchistischen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen rund 10 Millionen Stimmen erhielten. Hinter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei stehen zusammen etwa 8 Millionen Wähler. Einigen sich also die Schwarzweißprotokolle mit diesen beiden Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten abgeben, so verliert sich das Stimmverhältnis entsprechend. Gelingt es jedoch dem republikanischen Lager, den "richtigen Mann" zu finden, so dürfte ihm eine große Zahl der Wähler dieser beiden Parteien zufließen, da die Wähler dieser Parteien auf die eine oder die andere Staatsform fest-

gelegt hat.

In Anbetracht aller dieser Umstände halten wir es für das Zweckmäßigere und im Interesse des republikanischen Gesamterfolges Bessere, wenn es den Parteien der Weimarer Koalition gelänge, sich auf einen Mann zu einigen, für den die Sozialdemokratie sich mit Entscheidung einsetzen könnte. Ein zweiter Wahlgang dürfte also nicht nur von uns abhängen, sondern vor allem von der Frage, ob der republikanische Sammelkandidat uns gegenüber bestimmte Verpflichtungen und Bindungen eingibt oder nicht. Im Zentrum scheint Herr Dr. Marx die meiste Aussicht zu haben, und es macht den Eindruck, als wolle er sich im Breitenhaus einen "guten Abgang" sichern. Er versucht nämlich die Weiser, die ihn bei seinem ersten Auftreten als preussischer Ministerpräsident führten, unter einen Hut zu bringen und versucht eine Regierung der "Volksmehrheit" von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie aufzubauen. Wie es heißt, haben die Deutschnationalen bereits abgelehnt, mit Severina in einem Kabinett zu arbeiten. Und wie die Antwort der Sozialdemokraten ausfällt, dürfte Herr Marx nach den bisherigen Proben auf Fremdwahl nicht unklar sein. Der Sozialdemokratische Presse-

dienst schreibt dazu:

„Wir halten diesen Versuch für vollkommen ergebnislos, und es ist nicht ausgeschlossen, daß Marx sich im Lager der Wahlen mehr verbirgt als er recht gut machen kann, wenn er nicht den Versuch macht, die zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten vor der Bildung seiner Regierung aufzulegen. Diese Vereinbarungen unter allen Umständen durchzuführen. Diese Vereinbarungen lauten unter anderem auf Wiederwahl der jetzigen Regierung, falls sie getrennt wird. Der Sturz ist eingetreten, und damit muß sich Herr Marx dem preußi-